

Klimawandel und ökonomische Bildung

Editorial zum VÖBAS-Jahresheft 2020

Vor 40 Jahren wurde die 1977 von US-Präsident Jimmy Carter in Auftrag gegebene große Umweltstudie „Global 2000“ veröffentlicht. Beim Blättern in der ein Jahr später erschienenen deutschen Übersetzung stößt man auf Aussagen, die jahrzehntelang als pessimistische Weltuntergangsprophezeiungen heruntergespielt oder verdrängt wurden: *„Es könnte eine entscheidende Veränderung in der Struktur der Niederschläge auf der ganzen Erde und ein Temperaturanstieg um zwei bis drei Grad in den mittleren Breiten der Erde eintreten. [...] Ein Anstieg der Polartemperaturen [...] könnte am Ende zum Abschmelzen der grönländischen und antarktischen Eiskappen und damit zu einem schrittweisen Anstieg des Meeresspiegels führen. Zahlreiche Küstenstädte müssten dann aufgegeben werden. [...] Die vielleicht schwerwiegendste Umweltentwicklung wird in der zunehmenden Verschlechterung und dem Verlust von für die Landwirtschaft wesentlichen Ressourcen bestehen.“* Nach über 1200 Seiten endet der Bericht mit einem eindringlichen Appell, der an Aktualität nichts verloren hat: *„Angesichts der Dringlichkeit, Reichweite und Komplexität der vor uns liegenden Herausforderungen bleiben die auf der ganzen Welt in Gang gekommenen Anstrengungen allerdings weit hinter dem zurück, was erforderlich ist. Es muss eine neue Ära der globalen Zusammenarbeit und der gegenseitigen Verpflichtungen beginnen, wie sie in der Geschichte ohne Beispiel ist.“*

Heute ist Klimawandel keine prognostizierte Zukunft mehr, sondern gegenwärtige Realität. Uns bleibt nach übereinstimmender Auskunft der Klimaforscher nur noch wenig Zeit, den menschengemachten Prozess der globalen Erwärmung durch eine umfassende Veränderung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise so weit wie irgend möglich aufzuhalten und uns gleichzeitig bestmöglich an die absehbaren Veränderungen unserer Umwelt anzupassen. Das fällt uns erkennbar schwer, weil die notwendigen Änderungen nicht nur die Makrostrukturen von Wirtschaft und Gesellschaft betreffen, sondern auch unsere vertrauten Formen des Konsumierens, Reisens, Wohnens usw. Im Ringen um das Überleben der Menschheit müssen wir nicht unsere Vision eines guten Lebens aufgeben, aber wir werden zweifellos andere Prioritäten setzen müssen. Ökologische Einsichten und heroische Absichten reichen auf diesem Weg freilich nicht aus. Es bedarf auch geänderter ökonomischer Restriktionen und Anreize, damit wir unser individuelles und kollektives Verhalten im Sinne der Klimaschutzziele tat-

sächlich ändern. Dabei wird auf den verschiedenen Handlungsfeldern und in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen das ganze Arsenal wirtschaftspolitischer Instrumente zum Einsatz kommen müssen: von ordnungspolitischen Ge- und Verboten (wie Bauvorschriften oder Tempolimits) über marktwirtschaftlich-anreizkonforme Instrumente (wie den Zertifikatehandel) bis zur gezielten (gesetzlichen und finanziellen) Förderung von Technologien, Produkten und Prozessen.

Der Wirtschaftsunterricht kann und sollte also einen wesentlichen Beitrag zur mehrperspektivischen und kontroversen Auseinandersetzung mit den ökonomischen Auswirkungen des Klimawandels und über präventive und adaptive Strategien leisten, indem er unter Rückgriff auf ökonomische Kategorien und Konzepte die Perspektiven und Interessen von privaten Haushalten, Unternehmen, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Verbänden und NGOs, Gemeinden, Regionen, Staaten und internationalen Organisationen, des globalen Nordens und des globalen Südens zur Sprache bringt. Wie sehr eine so komplexe Thematik wie der Klimawandel fächerübergreifendes und fächerverbindendes Lernen (insbesondere mit den Fächern Erdkunde und Politik) auch erforderlich macht, so unverzichtbar ist die spezifisch ökonomische Sicht auf die soziale Welt: die Knappheit der natürlichen und humanen Ressourcen, die daraus resultierenden Verwendungs- und Verteilungskonflikte, die betrieblichen und volkswirtschaftlichen Kreisläufe und Interdependenzen, die marktlichen und nicht-marktlichen Entscheidungssysteme etc..

Wenn und wo es das von uns geforderte eigenständige Fach Wirtschaft nicht gibt, begrüßen wir alle Bemühungen, die ökonomische Perspektive und Erkenntnisweise in Doppelfächern (vorzugsweise Politik und Wirtschaft) fachlich und didaktisch angemessen zur Geltung zu bringen. In diesem Sinne unterstützen wir das neue „Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland“, nehmen wir Stellung zu Kerncurricula und Kernlehrplänen, fordern wir eine fundierte fachliche und fachdidaktische Lehrerbildung in Studium, Referendariat, Fort- und Weiterbildung, organisieren wir die Tage der ökonomischen Bildung und Seminare, fördern wir die Vernetzung der einschlägigen Akteure.

Das VÖBAS-Team